

Bauvertrag

Gewerk: Baulogistik

Bauvorhaben: Revitalisierung CCH

Zwischen dem Auftraggeber:

CCH Immobilien GmbH & Co. KG
vertreten durch die CCH Verwaltungs GmbH,
diese gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Dieter Peters und Martin Heyne,
Überseeallee 1
20457 Hamburg

- nachstehend AG genannt -

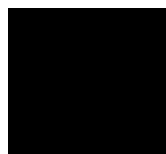
und

dem Auftragnehmer:

cpc baulogistik GmbH
Berliner Str. 44
10713 Berlin

- nachstehend AN genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:



1	VERTRAGSGEGENSTAND	3
2	VERTRAGSBESTANDTEILE.....	3
3	LEISTUNGSUMFANG DES AN	4
4	KOORDINATION UND KOOPERATION	5
5	SONSTIGE PFLICHTEN DES AN	5
6	VERTRAGSFRISTEN, BAUZEITVERLÄNGERUNG, BEHINDERUNG.....	5
7	VERTRAGSSTRAFE	7
8	PAUSCHALVERGÜTUNG	7
9	GEÄNDERTE UND ZUSÄTZLICHE LEISTUNGEN.....	8
10	SICHERHEITEN.....	9
11	ABNAHME	10
12	MÄNGELHAFTUNG	10
13	KÜNDIGUNG	11
14	VERSICHERUNG UND HAFTUNG.....	11
15	SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....	11



1 VERTRAGSGEGENSTAND

Der AG beauftragt den AN auf der Grundlage der nachfolgend zu Ziffer 2 vereinbarten Vertragsbestandteile sowie der sonstigen Regelungen dieses Vertrages und seiner Anlagen für das BV Revitalisierung CCH mit Leistungen der „**Baulogistik**“, insbesondere

- Gestellung und Vorhaltung Bauzaun,
- Organisation und Durchführung der elektronischen Zutrittskontrolle,
- Bewachung,
- Lieferverkehrssteuerung / Zufahrtskontrolle,
- Flächenmanagement,
- Gestellung, Vorhaltung und Vermietung von Tagesunterkünften, WC- und Sanitärcontainern für alle auf der Baustelle tätigen Unternehmen,
- Abfallentsorgungs- und Reinigungslogistik (Full-Service-Konzept) und
- Gerüstgestellung für Entfluchtung Hotel und Nordfassade am BT Ost, inkl. Lastenaufzüge.

Ziel der an den AN vergebenen Leistungen ist die Sicherstellung der ungestörten und termingerechten Erstellung des vorgenannten Bauvorhabens.

2 VERTRAGSBESTANDTEILE

2.1 Vertragsbestandteile dieses Werkvertrages sind die folgenden Unterlagen in dieser Rangfolge:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1. | Regelungen dieses Vertrages | |
| 2. | Leistungsverzeichnis und das Logistikhandbuch des AG | Anlage 1 |
| 3. | Rahmenterminplan | Anlage 2 |
| 4. | Einheitspreisliste | Anlage 3 |
| 5. | Auftragskalkulation des AN | Anlage 4 |
| 6. | Nachunternehmerverzeichnis des AN | Anlage 5 |
| 7. | Muster Vertragserfüllungsbürgschaft | Anlage 6 |
| 8. | Muster Schlussabnahmeprotokoll | Anlage 7 |
| 9. | Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil B (VOB/B) in der bei Unterzeichnung geltenden Fassung | |
| 10. | VOB/C, anerkannte Regeln der Technik, Eurocodes, Arbeitsstättenverordnung, Arbeitsstättenregeln (ASR), berufsgenossenschaftliche | |

Empfehlungen, EnEV 2014, technische Normen (DIN, VDE, VDI, VDS, TÜV etc., einschließlich Instandhaltungs- und Wartungsrichtlinien), Herstellervorschriften und Anweisungen für die zu verwendenden Materialien und Bauteile

- 2.2 Bei Widersprüchen geht die höherrangige Bestimmung der nachrangigen vor. Ein Widerspruch liegt jedoch nicht vor, soweit die höherrangige Bestimmung lediglich allgemeine Vorgaben für die zu erbringende Leistung enthält, die durch die nachrangige Regelung konkretisiert werden. Zweifelsfälle hat der AN dem AG zur Entscheidung vorzulegen, wobei der AG eine Entscheidung nach billigem Ermessen trifft.

3 LEISTUNGSUMFANG DES AN

- 3.1 Beauftragt und durch die vereinbarte Vergütung abgegolten sind nach Maßgabe dieses Vertrages, seiner Bestandteile und Anlagen alle Leistungen des AN, die zur vollständigen, funktionsgerechten und mangelfreien Erstellung und Lieferung der nach Maßgabe der Ziffer 1 und der Anlagen zu diesem Vertrag nach Ziffer 2 beauftragten Leistungen „Baulogistik“ erforderlich sind.
- 3.2 Zum Leistungsumfang des AN gehören sämtliche Maßnahmen zur Absicherung der Baustelle und der Verkehrswege hinsichtlich aller vom AN zu erbringenden Leistungen. Der AN hat sicherzustellen, dass sich die Logistikflächen und Verkehrswege der Baustelle stets in einem dem jeweiligen Bautenstand entsprechenden sicheren, aufgeräumten und sauberen Zustand befinden.
- 3.3 Der AN bestätigt, sich vor Abschluss dieses Vertrages über alle preisbildenden Faktoren, insbesondere die sein Gewerk betreffenden Erschwernisse (z.B. Lage der Baustelle, An- und Abfahrtsmöglichkeiten usw.) ausreichend informiert zu haben.
- 3.4 Der AN stellt den Koordinator gemäß § 3 Baustellenverordnung (SiGeKo).
- 3.5 Der AN übernimmt im Rahmen der Ausgabe der Baustellenausweise die Kontrolle der auf der Baustelle Tätigen im Hinblick auf die Einhaltung von gesetzlichen Mindestlohnvorgaben und die Entrichtung von sozialversicherungsrechtlichen Abgaben im Rahmen der Kontrollbefugnisse des AG gemäß **Anlage 1**.



4 KOORDINATION UND KOOPERATION

- 4.1 Im Rahmen der dem AN übertragenen Leistungen koordiniert der AN die Baubeteiligten, die Koordination außerhalb der Leistungen des AN übernimmt der AG. Der AN ist jedoch verpflichtet, den AG, die von diesem eingesetzten ggf. fachkundigen Dritten sowie die weiteren potentiell betroffenen Baubeteiligten im Hinblick auf sein Gewerk vorausschauend und rechtzeitig auf Abstimmungsbedarf hinzuweisen, entsprechende Anfragen solcher Beteiligter in angemessener Zeit zu beantworten und den AG über solche Abstimmungen zu informieren. Reagiert ein Baubeteiligter auf Hinweise oder Anfragen des AN nicht in angemessener Frist oder meint der AN, Hinweise anderer Baubeteiligter nicht vertragskonform umsetzen zu können, hat der AN den AG unverzüglich hierüber in Kenntnis zu setzen.
- 4.2 Der AN ist zur kooperativen Zusammenarbeit mit dem AG sowie den von diesem beauftragten Projektbeteiligten (z. B. Projektsteuerer, Architekten, Fachingenieure, bauausführende Unternehmen) verpflichtet. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Abstimmung seiner Leistungen, der Vorbereitung und Durchführung von Zugangskontrollen zur Baustelle sowie der Zuweisung von Lagerflächen für die Gewerke. Dem AN obliegt insbesondere an allen Schnittstellen zu seinen Leistungen die rechtzeitige Koordination und Kooperation.
- 4.3 Der AN hat sich kooperativ mit den bauausführenden Unternehmen und sonstigen Baubeteiligten stets so rechtzeitig abzustimmen, dass keine Behinderungen oder Erschwernisse weder für die Leistungen des AN noch für die bauausführenden Unternehmen entstehen.

5 SONSTIGE PFLICHTEN DES AN

- 5.1 Der AN ist zur Wahrnehmung der Rechte und Interessen des AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den AG unverzüglich über für ihn erkennbare Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen die übrigen Baubeteiligten ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG.

6 VERTRAGSFRISTEN, BEHINDERUNG

- 6.1 Die Ausführungsfristen für die Leistungen des AN richten sich nach dem verbindlichen Termin- und Ablaufplan gemäß **Anlage 2**. Der AN hat die nachfolgenden Fristen als Vertragsfristen zwingend einzuhalten:



Fertigstellung Bauzaun und Zugangskontrolle
Fertigstellung Flächenmanagementkonzept
Volle Leistungsbereitschaft zur Erbringung
aller Leistungen gemäß **Anlage 1**



- 6.2 Nach Abschluss seiner Vertragsleistungen ist die Baustelle binnen 2 Wochen komplett zu räumen und sind die dem AN überlassenen Flächen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- 6.3 Der AN hat dem AG unter Darlegung der terminlichen und kostenmäßigen Konsequenzen unverzüglich schriftlich anzuzeigen, wenn er in der Ausführung von Leistungen behindert ist. Die Folgen hindernder Umstände auf den Personaleinsatz und die sonstigen Ressourcen sind detailliert schriftlich darzulegen. Insbesondere ist auszuführen, ob und inwieweit Personal- und sonstige Ressourcen an anderer Stelle eingesetzt werden können und welche Maßnahmen zur Minderung aufgetretener Behinderungsfolgen möglich sind. Sind solche Umstände unmittelbar nach Eintritt der Behinderung noch nicht erkennbar, ist eine detaillierte Aufstellung innerhalb von 12 Werktagen nachzureichen. Der AN hat auch unverzüglich anzuzeigen, wenn die Behinderung beendet ist. Die ordnungsgemäße Behinderungsanzeige nach diesen Anforderungen ist Anspruchsvoraussetzung. Dies gilt nicht für offenkundige Behinderungen i. S. d. § 6 VOB/B.
- 6.4 Dem AN ist bekannt, dass vom 07. bis 08.07.2017 der G20-Gipfel in unmittelbarer Nachbarschaft des Bauvorhabens in den Messehallen Hamburg stattfinden wird. Der AN hat in seiner Kalkulation und seiner Terminplanung berücksichtigt, dass er damit rechnen muss, dass die Baustelle in einem Zeitraum von bis zu 6 Werktagen nicht oder nur erschwert zugänglich ist. Zudem ist während der Vorbereitungsphase zum G20-Gipfel mit geänderten An- und Abfahrtswegen zur Baustelle und mit Erschwerissen wie z.B. durch Personenkontrollen zu rechnen.
- 6.5 Der AN hat in seiner Terminplanung und Preisbildung berücksichtigt, dass das Gebäude bis zum Jahresende 2016 im Veranstaltungsbetrieb bleibt.



7 VERTRAGSSTRAFE

- 7.1 Die Parteien verzichten auf die Vereinbarung von Vertragsstrafen für die schuldhafte Überschreitung der in **Ziffer 6** vereinbarten Vertragsfristen. Dem AN ist jedoch bewusst, dass die schuldhafte Überschreitung dieser Vertragsfristen bei dem AG erhebliche Schäden verursachen würde, die der AG im Falle der schuldhaften Überschreitung an den AG weitergeben müsste. Derartige Schadensersatzansprüche des AG bleiben unberührt.
- 7.2 Darüber hinaus sind sich die Parteien einig, dass für Verstöße gegen die Regelungen des Hamburgischen Vergabegesetzes eine Vertragsstrafe nach Maßgabe von § 11 HmbVgG vereinbart ist.

8 VERGÜTUNG

- 8.1 Die vom AN gemäß der Untertitel 02.01.03 (ohne Position 02.01.03.30) sowie 02.01.08 bis 02.01.11 des Leistungsverzeichnisses (**Anlage 1**) zu erbringenden Leistungen werden mit der folgenden Tagespauschale abgegolten:

Tagespauschale	EUR 753,17netto
-----------------------	------------------------

- 8.2 Der AN erklärt, dass die ihm zur Kalkulation der vorstehenden Tagespauschale erforderlichen Informationen vollständig vorlagen, so dass ihm auch unter Berücksichtigung der etwa noch verbleibenden Mengen- und Massenrisiken eine auskömmliche und angemessene Preisfindung möglich war. Dem AN ist bewusst, dass die Einhaltung der vereinbarten Vertragstermine von essentieller Bedeutung für die Einhaltung der Gesamtfertigstellung der Revitalisierung des CCH ist. Bei der Preisfindung hat der AN daher auch berücksichtigt, dass diese Vertragstermine von ihm zwingend einzuhalten sind.
- 8.3 Die Parteien sind sich in Bezug auf die von der Tagespauschale umfassten Leistungen einig, dass die im Leistungsverzeichnis zum Zeitpunkt der Aufforderung zur Angebotsabgabe enthaltenen Mengen- und Massenangaben keine Geltung mehr besitzen. Sie wurden deshalb im Leistungsverzeichnis gestrichen. Der AN trägt insoweit das Mengen- und Massenrisiko.
- 8.4 Die nicht von der Tagespauschale gemäß Ziffer 8.1 erfassten Leistungen werden gemäß § 2 VOB/B vergütet.
- 8.5 Der AN hat keinen Anspruch auf Vorauszahlung, sondern nur auf Abschlagszahlungen in Höhe des Wertes der jeweils erbrachten Leistungen. Die Parteien sind sich darin

einig, dass Abschlagsrechnungen maximal einmal monatlich kumuliert gestellt werden.

- 8.6 Bei Rückforderungen des AG wegen Überzahlung kann sich der AN nicht auf Wegfall der Bereicherung berufen.
- 8.7 Der AN kann seine Forderungen aus diesem Vertrag nur mit Zustimmung des AG abtreten. Die Zustimmung muss schriftlich erteilt werden. § 354a HGB bleibt unberührt. Der AN ist nicht zur Aufrechnung gegenüber Ansprüchen des AG berechtigt, es sei denn, die Forderungen sind unbestritten oder rechtskräftig festgestellt.

9 GEÄNDERTE UND ZUSÄTZLICHE LEISTUNGEN

- 9.1 Der AG ist berechtigt, geänderte und zusätzliche Leistungen gemäß § 1 Abs. 3 und Abs. 4 VOB/B einschließlich Beschleunigungen auch insoweit anzuordnen, als solche Leistungen nach Auffassung des AG zweckmäßig und dem AN unter Berücksichtigung seiner Kapazitäten und Ressourcen zumutbar sind. Das gilt auch für Anordnungen zur Bauzeit.
- 9.2 Soweit der AG geänderte oder zusätzliche Leistungen oder eine Beschleunigung anordnet oder nach Auffassung des AN solche Leistungen erforderlich sind, hat der AN dem AG unverzüglich ein schriftliches und prüfbares Angebot vorzulegen, aus dem sich Art und Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistungen ergeben, ebenso die damit verbundene Nachtragsvergütung. Diese Vergütung ist vom AN aus der Auftragskalkulation bzw. der Einheitspreisliste unter Berücksichtigung gewährter Nachlässe nachvollziehbar abzuleiten und zu belegen (Nachtragskalkulation). Sie darf weder das durchschnittliche Preisniveau des Vertrages noch ortsübliche und angemessene Preise übersteigen.
- 9.3 Nachtragsleistungen werden nur schriftlich beauftragt. Bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Nachtragsvergütung kann der AG Nachträge dem Grunde nach beauftragen. Ist zwischen den Parteien streitig, ob eine Leistung als Nachtragsleistung anzusehen ist, ist der AN auf schriftliches Verlangen des AG gleichwohl zur Ausführung der Leistung verpflichtet. Mögliche Rechte des AN auf eine Nachtragsvergütung nach **Ziffer 9.2** bleiben unberührt.
- 9.4 Der AN ist verpflichtet, Terminverzögerungen durch geänderte oder zusätzliche Leistungen durch Kapazitätserhöhungen der Umgestaltungen der Arbeitsabläufe unbedingt zu vermeiden. Sind damit Mehrkosten verbunden, sind diese im Nachtragsangebot unter Darlegung eines ressourcenhinterlegten Bauzeitenplans auszuweisen. Soweit die Ausführung der geänderten oder zusätzlichen Leistungen dennoch zu einer Verlängerung der Ausführungsfristen oder zu unwirtschaftlichem Mehraufwand führen

würde, muss der AN den AG hierauf bereits in seinem Nachtragsangebot ausdrücklich unter Angabe der voraussichtlichen Verzögerungsdauer hinweisen.

- 9.5 Der AN hat vor Vertragsabschluss die Auftragskalkulation für die vertragliche Leistung (**Anlage 4**) dem AG in einem verschlossenen Umschlag zu übergeben. In der Kalkulation müssen mindestens getrennt ausgewiesen sein:

- Einzelkosten der Teilleistungen
- Nachunternehmerleistungen
- AGK
- BGK
- Wagnis und Gewinn
- Ggf. weitere Zuschläge
- Mittellohn

- 9.6 Der AG darf die Kalkulation öffnen, falls keine Einigung über die Nachtragsvergütung erzielt wird. Der AN erhält Gelegenheit, bei der Öffnung anwesend zu sein. Stellt sich heraus, dass die Kalkulation nicht die verlangte Aufgliederung und die vorgenannten Einzelangaben enthält, kann diese nicht als Nachweis der Preisermittlungsgrundlagen herangezogen werden. In einem solchen Fall – genauso, wenn die Kalkulation gar nicht vorgelegt wurde – ist der AG berechtigt, den fortgeschriebenen Preis für geänderte oder zusätzliche Leistungen nach billigem Ermessen festzusetzen.

- 9.7 Um die Erstellung und Prüfung von Nachtragsangeboten zu erleichtern, legt der AN vor dem Vertragsschluss eine Einheitspreisliste (**Anlage 3**) vor. Diese Einheitspreisliste ist aus der Auftragskalkulation zu entwickeln. Die Einheitspreise müssen denen der Auftragskalkulation entsprechen. Der AG ist berechtigt, durch Öffnung der Auftragskalkulation eine Prüfung der Einheitspreisliste vorzunehmen.

10 SICHERHEITEN

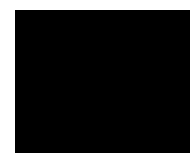
- 10.1 Binnen einer Frist von 12 Werktagen nach Vertragsschluss übergibt der AN dem AG als Sicherheit für die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen eine schriftliche, selbstschuldnerische und unbefristete Bürgschaft einer in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Bank, Kreditversicherung oder öffentlichen Sparkasse gemäß dem Muster der **Anlage 6** in Höhe von 10 % der Netto-Auftragssumme. Der AG ist berechtigt, einen Einbehalt in entsprechender Höhe von der jeweiligen Abschlagsrechnung vorzunehmen, bis der AN dem AG die vorbezeichnete Vertragserfüllungsbürgschaft gestellt hat. Nach Abnahme kann der AG diese Erfüllungssicherheit nur bis zur vollständigen Beseitigung der im Abnahmeprotokoll vorbehaltenen Mängel und nur noch bis zu einem Höchstbetrag in Höhe von 3 % der Nettoschlussrechnungssumme in Anspruch nehmen.

11 ABNAHME

- 11.1 Die Vertragsleistung des AN wird im Rahmen einer einzelnen förmlichen Abnahme abgenommen und protokolliert (**Anlage 7**). Die Abnahme erfolgt daher nicht durch Inbenutzungnahme der Leistung des AN. § 12 VOB/B findet keine Anwendung. Der AN hat keinen Anspruch auf rechtliche Teilabnahmen.
- 11.2 Der Auftragnehmer kann die förmliche Abnahme der Leistungen durch den Auftraggeber binnen 12 Werktagen verlangen, wenn die allgemeinen Abnahmevoraussetzungen vorliegen und folgende, weitere Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:
- Alle vom AN zu übergebenden erforderlichen wesentlichen Nachweise gemäß **Ordnungsziffer 3.5 der Anlage 1** der den geltenden Regeln entsprechenden Verwertung bzw. Entsorgung der dem AN überlassenen Abfälle sind vorzulegen. Alle Anzeigen gegenüber Behörden für das Leistungssoll des AN müssen erfolgt sein.
 - Nachweis des vertragskonformen Zustandes der vom AG vor Beginn der Arbeiten des AN übergebenen Aufstellflächen für die Aufstellung von Containern und Bauzäunen des AN.
 - Vorlage aller Unterlagen zur Erlangung des DGNB-Zertifikates aus dem Bereich Baulogistik.

12 MÄNGELHAFTUNG

- 12.1 Mängelansprüche gegen den AN richten sich – soweit nichts Abweichendes bestimmt ist – in Art und Umfang nach § 13 VOB/B. § 13 Abs. 7 VOB/B wird ausgeschlossen. Die Verjährungsfrist beträgt für alle Leistungen des AN nach diesem Vertrag einheitlich 4 Jahre.
- 12.2 Der AN kommt mit der Mängelbeseitigung in Verzug, wenn er Mängelbeseitigungsarbeiten nicht innerhalb einer gesetzten angemessenen Beginfrist aufnimmt. Der AG ist auch zur Ersatzvornahme berechtigt, wenn ein gerügter Mangel nach Erledigtmeldung des AN nochmals auftritt, soweit nicht eine nochmalige Nacherfüllung dem AG ausnahmsweise zumutbar ist.



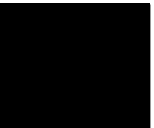
13 KÜNDIGUNG

- 13.1 Für die Kündigung dieses Vertrages gelten die §§ 8 und 9 VOB/B. Der AG ist auch zu Teilkündigungen berechtigt.
- 13.2 Sollte der AN Leistungen mangelhaft oder vertragswidrig ausführen, ist der AG berechtigt, in Abweichung zu § 4 Abs. 7 VOB/B nach entsprechender fruchtloser Fristsetzung zur Mangelbeseitigung den Mangel im Wege der Selbstvornahme auf Kosten des Auftragnehmer zu beseitigen, ohne eine Teilkündigung aussprechen zu müssen.
- 13.3 Kündigt der AG den Vertrag aus wichtigem Grund, ist der AN verpflichtet, dem AN sämtliche Elemente der Baustelleneinrichtung und -sicherung bis zum Abschluss der Baumaßnahme zur mietweisen Übernahme anzubieten. Nimmt der AG dieses Angebot an, erhält der AN zum Ausgleich eine Tagespauschale in Höhe von EUR 540,00

14 VERSICHERUNG UND HAFTUNG

- 14.1 Der AN stellt den AG von allen Ansprüchen frei, die sich aus der Nichtbeachtung von Arbeitnehmerschutzbestimmungen, aus sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Bestimmungen durch ihn und seine Erfüllungsgehilfen oder durch die Verletzung von Vorschriften des Hamburgischen Vergabegesetzes ergeben können. Das gilt insbesondere für sämtliche Ansprüche, die sich aus der Verletzung der Baustellenverordnung ergeben können sowie für die Folgen von Produkthaftung. Dies gilt nicht, wenn der AN oder seine Erfüllungsgehilfen die Nichtbeachtung nicht zu vertreten haben.
- 14.2 Der AG hat eine den AN einschließende Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung für das Bauvorhaben abgeschlossen. Die Einzelheiten und insbesondere die Deckungssummen, Anzeige- und Dokumentationspflichten im Versicherungsfall sowie Selbstbehalte sind dem AN bekannt. Der AG ist berechtigt, die Kosten der Versicherung auf den AN in Höhe von 0,4 % der Netto-Schlussrechnungssumme umzulegen und von den jeweiligen Abschlagsrechnungen des AN einen entsprechenden Anteil bis zur Schlusszahlung einzubehalten. Die Leistung des AN ist grundsätzlich von dieser Versicherung erfasst. Die Haftung des AN für von ihm verursachte Schäden wird durch diese Versicherung nicht eingeschränkt. Dies gilt auch dann, wenn Schäden im Einzelfall von der vorgenannten Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung des AG nicht umfasst sind.

15 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- 15.1 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen hiervon unberührt. Die unwirksame
- 

Regelung ist durch diejenige zulässige Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Regelung am nächsten kommt. Entsprechend ist zu verfahren, wenn der Vertrag eine ergänzungsbedürftige Lücke enthält.

- 15.2 Alle vertraglichen Vereinbarungen der Parteien unterliegen der Schriftform. Dies gilt auch für Vertragsänderungen und -Ergänzungen. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen.

Hamburg, 31.10.2016 /


CCH Immobilien GmbH & Co. KG


cpc baulegistik GmbH